

***BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen***

## ***Antwort auf die Fragen des Evangelischen Büros***

**1) Welche Maßnahmen möchten Sie in einer zukünftigen Landesregierung ergreifen, um der zunehmenden Gefahr durch den Rechtsextremismus, den Antisemitismus und Rassismus, der Diskriminierung und Hasskriminalität in Thüringen zu begegnen?**

Um der zunehmenden Gefahr durch Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und Hasskriminalität in Thüringen entschlossen entgegenzutreten, planen wir in einer zukünftigen Landesregierung folgende Maßnahmen und stehen fest dafür ein:

Wir werden keine Form der Zusammenarbeit mit der AfD eingehen, da diese als verlängerter Arm der extremen Rechten fungiert. Wir werden entschlossen gegen rechtsextreme Strukturen vorgehen, insbesondere gegen Neonazis, völkische Bewegungen und die rechte Diskursverschiebung. Wir unterstützen antifaschistische Projekte und Aufklärungsarbeit und gehen klar gegen rechte Musik- und Kampfsportveranstaltungen vor. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Strategien gegen rechte Landnahme auf den Weg bringen.

Zur Stärkung der Sicherheitsbehörden und Justiz planen wir, die Polizei und Staatsanwaltschaft personell und materiell zu verstärken, um effektiv gegen rechtsextreme, antisemitische und rassistische Straftaten vorzugehen. Dazu gehört auch die Einrichtung spezialisierter Ermittlungsgruppen und Staatsanwaltschaften für Hasskriminalität. Wir werden uns dafür einsetzen, regelmäßige Schulungen und Sensibilisierungsprogramme für Polizeibeamt\*innen und Justizpersonal einzuführen, um sicherzustellen, dass diese in der Lage sind, die spezifischen Dynamiken und Bedrohungen durch rechtsextreme und rassistische Strukturen zu erkennen und zu bekämpfen. Die statistische Erfassung von rechter Gewalt und Vorurteilskriminalität wollen wir verbessern und die Dunkelfeldforschung ausbauen. Außerdem wollen wir erforschen lassen, inwiefern Ungleichwertigkeitsideologien in den Sicherheitsbehörden selbst verbreitet sind und anlassbezogen dienstrechtliche Verfahren auf den Weg bringen.

Im Bereich der Hasskriminalität werden wir entschlossen gegen Vorurteilskriminalität und Hatespeech vorgehen, unter anderem durch die Einrichtung spezialisierter Ermittlungsstellen und Schulung von Polizei und Justiz zu diesem Thema. Leitfäden für Polizei und Staatsanwaltschaften zur Ermittlung bei vorurteilsmotivierten Straftaten sollen weiterentwickelt werden.

Gegen Rassismus und Diskriminierung werden wir uns für ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierungen einsetzen und den Merkmalskatalog im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz erweitern. Die unabhängige Antidiskriminierungsberatung soll ausgebaut und ihre Tätigkeiten statistisch erfasst werden. Wir möchten die Diversität im öffentlichen Dienst fördern und etablieren interne Antidiskriminierungsstellen in Thüringer Behörden schaffen.

Wir brauchen ein Landesprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren. Dafür möchten wir uns einsetzen und ihre Strukturen stärken. Dies umfasst finanzielle Unterstützung sowie die Bereitstellung von Ressourcen und Beratungsangeboten. Präventions- und Demokratieförderprogrammen, wie das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz, wollen wir sichern und ausbauen und mit verlässlicher Finanzierung und mehrjähriger Förderung ausstatten.

Wir stellen uns gegen jeden Antisemitismus. Deshalb stehen wir hinter der jüdischen Landesgemeinde und sichern den Schutz jüdischen Lebens. Politische und kulturelle Bildungsangebote zu jüdischem Leben sollen ausgebaut werden und die langfristige Finanzierung jüdischer Kulturprojekte wird sichergestellt werden. Strukturen zur Dokumentation antisemitischer sowie antiziganistischer Vorfälle wollen wir absichern und weiter ausbauen.

Besonders wichtig ist uns auch die Förderung von Akzeptanz und Vielfalt für die LSBTIQ\*-Gemeinschaft in Thüringen. Queere Menschen sind mittlerweile ein selbstverständlicher und sichtbarer Teil unserer Gesellschaft, doch erleben sie immer noch Anfeindungen, Hass, Vorurteile und Übergriffe. Wir planen, die queeren Strukturen in Thüringen auszubauen und langfristig auf eine solide Basis zu stellen. Das Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ soll weiterentwickelt und finanziell besser ausgestattet werden, um eine professionelle Evaluierung und wissenschaftliche Begleitung der Maßnahmen sicherzustellen.

**2) Welche Rolle kommt Ihrer Meinung nach dabei dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie Toleranz und Weltoffenheit „Denk Bunt“ zu? In welchem Umfang möchten Sie dieses zukünftig über den Landeshaushalt finanzieren?**

Wir erkennen die immense Bedeutung von „Denk Bunt“ für die Stärkung der demokratischen Kultur und den Schutz der Menschenrechte in Thüringen an. Das Programm fördert wichtige Projekte und Initiativen, die sich für ein respektvolles Miteinander und gegen jede Form von Diskriminierung einsetzen.

Es ist uns bewusst, dass die Haushaltsverhandlungen in den letzten Jahren sehr schwierig waren. Trotz dieser Herausforderungen haben wir uns stets für „Denk Bunt“ stark gemacht und bewiesen, dass wir in der Lage sind, dieses wichtige Programm zu verteidigen und zu

fördern. Unsere Entschlossenheit, „Denk Bunt“ auch in Zukunft finanziell abzusichern und auszubauen, bleibt ungebrochen.<sup>1</sup>

Wir setzen uns dafür ein, dass „Denk Bunt“ nicht nur fortgeführt, sondern auch weiterentwickelt und ausgebaut wird. In einer zukünftigen Landesregierung planen wir, die Finanzierung des Programms „Denk Bunt“ über den Landeshaushalt deutlich zu erhöhen und auf eine mehrjährige Förderung umzustellen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass dieses Programm mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um seine vielfältigen Aufgaben weiterhin effektiv erfüllen zu können. Dazu gehört die langfristige Sicherstellung der finanziellen Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, Bildungsprojekte und Präventionsmaßnahmen. Wir möchten sicherstellen, dass das Programm auch in Zukunft flexibel auf neue Herausforderungen reagieren und innovative Ansätze zur Demokratieförderung umsetzen kann.

### **3) Wie stehen Sie zu einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene, um die Arbeit der zahlreichen und vielfältigen Demokratieprojekte im Freistaat langfristig abzusichern?**

Wir stehen einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene äußerst positiv gegenüber. Ein solches Gesetz wäre ein entscheidender Schritt, um die Arbeit der zahlreichen und vielfältigen Demokratieprojekte im Freistaat Thüringen langfristig abzusichern und zu stärken.

Demokratie ist eine Daueraufgabe. Es ist nicht etwas, das wir nur von Jahr zu Jahr, von Haushalt zu Haushalt beschließen können. Demokratie gehört fest zu den Grundwerten unserer Gesellschaft und bedarf kontinuierlicher Förderung. Die Einführung eines Demokratiefördergesetzes würde diese Bemühungen weiter institutionalisieren und sicherstellen, dass Demokratieprojekte unabhängig von kurzfristigen politischen und finanziellen Schwankungen ihre wertvolle Arbeit fortsetzen können. Wichtig ist aber auch, dass ein solches Vorhaben eng mit den zivilgesellschaftlichen Projektträgern abgestimmt werden muss, um die Erwartungen und Bedarfe zu decken.

Unser Wahlprogramm bekräftigt unser Engagement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Wir sehen es als unerlässlich an, dass die vielfältigen Initiativen und Projekte, die sich tagtäglich für ein respektvolles Miteinander einsetzen, eine verlässliche und langfristige finanzielle Unterstützung erhalten. Ein Demokratiefördergesetz würde genau dies gewährleisten und damit die Basis für eine stabile und nachhaltige Förderung dieser wichtigen Arbeit schaffen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe dazu auch: <https://www.gruene-thl.de/haushalt-finanzen/gruene-fraktion-zu-kuerzungsplaenen-im-landshaushalt>

<sup>2</sup> Siehe auch: <https://www.gruene-thl.de/demokratie/gruene-fraktion-zur-vorstellung-des-demokratiefoerdergesetzes>